



SCHWERPUNKT:

Ein Möbelmilliardär will sich auf dem Pankower Güterbahnhof ein Denkmal setzen (Seiten 4/5)

Berliner Anstoß

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) BERLIN  | 1/2020

424 Euro gibt's von der Armutsverwaltung Hartz IV –
6.250 Euro erhält, wer im Berliner Abgeordnetenhaus sitzt

»Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich«



Streetart in Berlin-Friedrichshain

Foto: Sivi Steys / www.flickr.com/photos/38365223@N03/8123373876 / (CC BY 2.0)

In Berlin gehörten 2019 im Jahresdurchschnitt etwas mehr als eine halbe Million Menschen zu »Bedarfsgemeinschaften«, die das sogenannte Arbeitslosengeld II (Hartz IV) beziehen – das sind knapp 15 Prozent aller Einwohner der Stadt. Ihnen darf nach dem »Hartz-IV-Urteil« des Bundesverfassungsgerichts von Anfang November vergangenen Jahres »nur« noch ein knappes Drittel der kargen Unterstützung gestrichen werden, wenn sie nicht jede Anordnung der Armutsverwaltung in den Jobcentern widerspruchslos akzeptieren. Bis dahin war es möglich, dass ihnen vorübergehend die gesamte »Leistung« gestrichen wird. Die liegt – abgesehen von der Miete für ein Dach über dem Kopf, die von den Jobcentern direkt an die hauptstädtischen

Vermieter überwiesen wird – im Regelfall bei momentan 424 Euro im Monat. Zuletzt waren in Berlin Monat für Monat fast 20.000 Menschen von »Sanktionen« betroffen – die Bevölkerung einer Kleinstadt. Ihnen wird für eine Dauer von jeweils drei Monaten sogar noch jene Summe zusammengestrichen, die der Gesetzgeber für das zur Sicherstellung einer »menschenwürdigen« Existenz nötige Minimum erklärt hat. Stimme und Vertretung haben diese ärmsten der Armen in der Stadtgesellschaft nicht. Statt dessen werden sie beschimpft und verdächtigt, nicht arbeiten zu wollen – nicht nur von der Presse und den Parteien der Reichen, sondern oft auch von Menschen, die zwar arbeiten, denen es aber häufig kaum besser geht. (np)

Eine Gehaltserhöhung um 58,5 Prozent. Welche Gewerkschaft, die mit einer solchen Forderung aufträte, könnte sich da nicht einer geharnischten, ja hysterischen Kritik der Hauptstadtjournalisten und der Parlamentsabgeordneten sicher sein? »Maßlos« und »unverantwortlich gegen den Standort Deutschland« sind noch die harmloseren Leitvokabeln, die zum Repertoire dieser Leute bereits dann gehören, wenn eine Lohnanhebung um mehr als sechs Prozent gefordert wird. Aber 58,5 Prozent? Doch um annähernd diese Höhe sind die »Aufwandsentschädigung« genannten monatlichen Bezüge der Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses gestiegen. Seit dem 1. Januar erhält jeder Abgeordnete des Landparlaments statt vorher 3.944 nun 6.250 Euro pro Monat. Zwar wird

diese »Entschädigung« versteuert, Arbeitslosen- und Rentenversicherung müssen allerdings nicht gezahlt werden. Begründet haben die Parlamentarier den tiefen Griff in die Staatskasse mit höheren Belastungen. Das Abgeordnetenhaus tagt nun drei Stunden länger, ab 2021 sind zwei zusätzliche Sitzungstermine pro Jahr vorgesehen, nicht mehr 16, sondern ganze 18. Die Sitzungen der Ausschüsse dauern statt zuvor zwei nunmehr quälende drei Stunden. Zugestimmt haben solcher »leistungsgerechten« Erhöhung ihrer Bezüge die Vertreter von SPD, Linke, CDU, und FDP sowie die meisten Grünen. Die AfD, deren Fraktion dagegen votierte, hatte leichtes Spiel, sich als Anwältin des kleinen Mannes gegen die »Gier« der »Eliten« aufzuführen. So verfängt Demagogie. (brat)

Hohenzollern &
Co. enteignen!



Beim Barte des Kaisers

Wer, weil er nicht anders kann, durch die angesagteren Viertel Berlins läuft, begegnet bisweilen jungen Männern, die Schnurrbärte in verstörender Mode zur Schau stellen. Der Lenkerschnurrbart, der so heißt, weil er an einen Fahrradlenker erinnert, ist ein Schnurrbart mit besonders langen und nach oben gewölbten Extremitäten – so wie ihn Wilhelm II. trug. Man stutzt und fragt: Wo bleibt der Schmiss, wo das Monokel? Und überhaupt: Wann kommt der Kaiser? Immerhin, in einer Stadt, in der das Wort Restauration schon länger wieder einen guten Klang hat, wird das Residenzschloss der Hohenzollern wiedererrichtet, seine Fertigstellung steht kurz bevor. Just in diese Zeit fallen die Forderungen der famosen Familie Hohenzollern – die »dem nationalsozialistischen System erheblichen Vorschub geleistet« haben dürfte –, unentgeltlich in alten Schlössern wohnen zu können, die einst zu ihren Besitzungen zählten, aber, der Roten Armee sei dank, nach Ende des Zweiten Weltkriegs enteignet wurden. Wilhelms Ururenkel Georg Friedrich von Preußen, einstweilen noch ohne Lenkerschnurrbart, erhebt zudem Anspruch auf einige Tausend Kunst- und Sammlungsgegenstände aus Schlossmuseen der Hauptstadtregion und verhandelt zu diesem Zweck mit dem Bund sowie den Ländern Brandenburg und Berlin, die sich darauf allen Ernstes auch eingelassen haben. Warum da nicht gleich Georg Friedrich das unwiderstehliche Angebot machen, in das neu-alte Stadtschloss einzuziehen? Umgeben wäre der Hohenzollernspross da von Kunst- und Sammlungsgegenständen, die deutsche Soldateska einst auf Geheiß ihres Kaisers aus den deutschen Kolonien geraubt hatte. (brat)

Samstag, 7.3.2020
**Frauentagsfeier
der DKP Berlin**

Vorwärts immer,
rückwärts nimmer!

Gegen die Rückentwicklung der Emanzipation,
für Selbstbestimmung und
Gleichberechtigung der Frauen!

Sonnenallee 101,
12045 Neukölln
Beginn 18 Uhr



KOMMENTAR



INTERVIEW

Privatisierung ist Diebstahl



Stefan Natke ist Vorsitzender der DKP Berlin

Am Beispiel des Grundstücks des ehemaligen Rangierbahnhofs im Berliner Bezirk Pankow, das vom S-Bahnhof Pankow bis weit hinter den S-Bahnhof Pankow-Heinersdorf reicht, lässt sich exemplarisch nachweisen, wie Enteignung im Kapitalismus funktioniert (siehe Seiten 4/5).

Die Eisenbahn in Deutschland wurde 175 Jahre lang von der Gesellschaft aufgebaut, entwickelt und finanziert. Rund einhundert Jahre lang befand sie sich in öffentlichem Eigentum. In diesem Zeitraum wurde sie stark und wohlhabend, auch durch ihren riesigen Besitz an Land und Gebäuden. Seit dem Siegeszug totalitärer neoliberaler Wirtschaftsvorstellungen werden diese von Generationen geschaffenen Werte an Volksvermögen von gemeinschaftlichem in privates Eigentum überführt – und zwar nicht nur als Folge der Demontage der DDR-Betriebe. Gleiches findet auch im Westen der Republik mit ehemaligen Staatsbetrieben statt. Volks- und Staatseigentum sollten dem Wohl aller dienen, in privatisierter Form jedoch dient es einzig der Profitmaximierung der neuen Eigentümer.

Viele Politiker bzw. Parteien, selbst solche, die sich als links verstehen, spielen bei diesem Schmierstück die willfährigen Handlanger. Vor unseren Augen findet eine regelrechte Enteignungsorgie statt, bei der der Großteil der Bevölkerung entmündigt wird: Die Stadtbewohner können nicht mehr entscheiden, was sich mit und in ihrem Stadtteil entwickelt. Im Falle des Pankower Bahngeländes ist jetzt der Möbelsmogul Krieger dafür zuständig, was mit den 370.000 Quadratmetern geschieht. Jedes noch so kleine Zugeständnis musste ihm bisher abgerungen werden.

Wir dürfen dies alles nicht widerspruchslos hinnehmen. Die Privatisierung von öffentlichem Eigentum, egal ob es sich um die Bahn, um Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser, Nahverkehrsmittel oder städtische Wasser- und Stromversorger handelt, kommt die Gesellschaft finanziell, umweltpolitisch und sozial teuer zu stehen. Öffentliches Gut muss öffentliches Gut bleiben – oder wieder werden: Die Rückübertragung von privatisiertem Eigentum an die Kommune hat überall dort zu erfolgen, wo dies im Interesse der Bürger ist. Und zwar zum ursprünglichen Verkaufspreis, um jede Form von Spekulation unattraktiv zu machen. Das ist aber nur zu erreichen, wenn die betroffenen Menschen lernen, ihre Interessen wieder selbst in die Hand zu nehmen.

»Wohnungsmangel ist der Treibstoff für steigende Mieten«

Ein Interview mit Hermann Werle, Redakteur beim Mietercho, der Zeitung der Berliner Mietergemeinschaft e.V.

Der Mietendeckel wird momentan beraten und soll Ende Januar beschlossen werden. Wie stark hat sich der Entwurf von Juni 2019 bis jetzt verändert?

Das Eckpunktepapier vom Juni war recht weitgehend, was die Möglichkeiten zur Absenkung der Mieten betrifft. Nach aktuellem Stand könnten die nun völlig entfallen. Zudem waren die gedeckelten Mieten ursprünglich niedriger veranschlagt und beruhten auf den Mietspiegeldaten von 2011, die jetzige Grundlage ist der Mietspiegel 2013. Auch der Spielraum für Modernisierungen wurde erweitert und die mögliche Umlage von 50 Cent auf einen Euro pro Quadratmeter erhöht.

Hat der Mietendeckel Aussichten auf Erfolg?

Das werden Gerichte entscheiden. Dass reguliert werden muss, darüber herrscht innerhalb der Landesregierung Einigkeit. Für die SPD war der Mietendeckel ein Vehikel, um den Mietenvolksentscheid zur Enteignung großer Bestandhalter auszubremsen. Es ist kein Zufall, dass der Vorschlag aus SPD-Kreisen ins Gespräch gebracht worden ist. Die Linke hat das dann – zunächst sehr zögerlich – übernommen.

Ist der Mietendeckel ein geeignetes Mittel, um dem Immobilienkapital Einhalt zu gebieten?

Liebe Leserinnen und Leser,

unsere Stadt erhält mit dieser Ausgabe des *Berliner Anstoß* in neuer Gestaltung, mit größerem Format und verändertem Vertriebskonzept eine kräftige, offensive linke Stimme. Grundlage unserer Arbeit sind die Interessen der Arbeiterklasse. Den *Berliner Anstoß* wollen wir viermal im Jahr in hoher Auflage und mit hochwertigen Inhalten zur Verfügung stellen. Ob wir uns das auf Dauer leisten können, ist vor allem eine finanzielle Frage. Und die hängt davon ab, ob wir ausreichend Unterstützung erhalten (siehe auch Seite 8).



Foto: Uwe Hiksich

Längerfristig sicherlich nicht. Er wäre aber zunächst einmal ein wichtiges Signal, weil damit bestätigt würde, dass ein Bundesland jenseits des Mietrechts Regulierungsmöglichkeiten hätte. Und rund 1,5 Millionen Mieterhaushalte könnten fünf Jahre durchatmen. Entscheidend wird sein, ob diese fünfjährige Schonfrist für einen sozial nachhaltigen Wohnungsbau genutzt wird. Seit 2011 sind rund 350.000 Menschen zugezogen und laut kürzlich veröffentlichtem Wohnraumbedarfsbericht liegt die Versorgungsquote (Haushalte im Verhältnis zu verfügbaren Wohnungen) bei nur noch 95 Prozent. Von einer ausreichenden Fluktuationsreserve von drei Prozent Leerstand sind wir in Berlin weit entfernt.

Welche Rolle spielen Leerstand und Zweckentfremdung?

Um das Jahr 2000 hatte Berlin noch eine Leerstandsquote von etwa sechs Prozent, derzeit liegt sie bei 1,6 Prozent. Der Stadtentwicklungsplan Wohnen geht von einem Neubaubedarf von 194.000 Wohnungen bis 2030 aus. Die Neubaubilanz sieht dagegen bescheiden aus. 2018 sind 16.700 Wohnungen gebaut worden, ein knappes Drittel davon allerdings sind Eigentumswohnungen. Im entscheidenden Segment der preisgünstigeren Wohnungen sind mit Fördermitteln der 2014 von der SPD-CDU-Koalition eingeführten Neubauförderung bis heute gerade einmal 2.900 bezugsfertige Wohnungen entstanden. Zum Vergleich: In den 1920er Jahren wurden jährlich mitunter mehr als 30.000 geförderte Wohnungen gebaut.

Was sind die Gründe dafür?

Der politische Wille fehlt und es gibt wenig Akzeptanz für den Neubaubau. Die Wohnungsbauförderung wird momentan FDP, CDU und der Immobilienlobby überlassen. Es gibt kein linkes oder fortschrittliches Programm. In den 1920ern gab es eine progressive Wohnungsbaudebatte. Die Chance für einen zeitgemäßen an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichteten kommunalen Wohnungsbau, komplett in Landeseigentum und öffentlich finanziert, wird nicht gesehen.

Was war damals anders?

Sicherlich der Schreck durch die Revolution von 1918, die Sozialdemokraten und sogar Konservative dazu trieb, sich der Frage anzunehmen. Heute, nach Jahren neoliberaler Kürzungspolitik, haben weder das Land noch die landeseigenen Gesellschaften die notwendigen Kompetenzen und Kapazitäten.

Dann bräuchte es also noch dringender eine Bewegung für sozialen Wohnungsbau als gegen Mietwahn?

Das steht sich nicht gegenüber. Der Wohnungsmangel ist der Treibstoff für steigende Mieten. Man hat keine Auswahl mehr. Niedrige Leerstandsquoten sind günstig für die Immobilienwirtschaft. Kein Geschäftsbericht der Aktiengesellschaften, in dem dieser Hinweis fehlen würde.

AUS DER REDAKTION

des *Berliner Anstoß*. Allerdings sind wir der Meinung, dass die gedruckte Version deshalb keineswegs überflüssig wird! Wir halten eine gedruckte Zeitung für unersetzlich, wenn man mit progressiven Inhalten möglichst viele Menschen erreichen will.

Viel Spaß und Anregung beim Lesen wünscht Ihnen

das Anstoß-Kollektiv

IMPRESSUM

Der Berliner Anstoß erscheint viermal jährlich und wird herausgegeben vom Landesverband Berlin der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).
Kernredaktion: Toni Püschel (Vi.S.d.P.), Susanne Knütter, Daniel Bratanovic

Adresse von Redaktion und Herausgeber:
DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, Büro 551/552, 10243 Berlin

Telefon: 030 – 29 78 31 32
Mail: Info@dkp-berlin.info

Garantiert verbreitete Auflage: 25.000 im Raum Berlin
Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Januar 2020
Die nächste Ausgabe erscheint am Samstag, den 18. April 2020

Dieses Projekt wird über Spenden finanziert:
Bitte nutzen Sie das Konto der DKP Berlin (BIC: BELA2033),
IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37 - Verwendungszweck: Anstoß



Das Elend der Straße

Tausende Menschen in Berlin sind ohne Obdach. Etwa 50 Prozent sind Zugewanderte

Von Susanne Knütter

Es ist der 12. Januar und endlich einmal wieder mehrere Stunden am Stück sonnig. Aber deshalb auch gleich viel kälter als in den verregneten Tagen davor. Am Friedhof in Friedrichsfelde ging gerade die Luxemburg-Liebkecht-Demonstration zur Erinnerung der beiden am 15. Januar 1919 ermordeten Gründer der Kommunistischen Partei Deutschlands zu Ende. Mehr als zehntausend Menschen beteiligten sich auch in diesem Jahr an dem traditionell am zweiten Januarwochenende stattfindenden Gedenkmarsch.

Für diejenigen, die am Kapitalismus mehr stört als seine schlimmsten Auswüchse, die manchmal ja auch von Sozialliberalen und Grüne beklagt werden – etwa der Abbau von Sozialleistungen, Umweltzerstörung, Mietwucher, Krieg oder der Aufstieg der AfD –, ist dieses Wochenende der politische Jahresauftakt. Die meisten erkennen einen Zusammenhang zwischen Regierungspolitik und Aufstieg der AfD, zwischen Wirtschaftswachstum und Hartz IV, zwischen Kapitalismus und Krieg, zwischen Privateigentum und Klimawandel. Und gegenüber den »Smash-Capitalism«-Demos reklamiert man hier nicht nur ein bloßes »Gegen den Kapitalismus«, sondern ein »Für den Sozialismus«. Klar, die Vorstellungen darüber, wie diese neue, bessere Welt, in der sich niemand mehr auf Kosten anderer bereichert, erobert werden kann und wie sie aussehen soll, gehen auch unter diesen Leuten auseinander.

Nicht weit vom Friedhof entfernt, auf der anderen Seite der Gleise, am Bahnhof Lichtenberg – die letzten Besucher der Gedenkstätte der Sozialisten treten gerade den Heimweg an – herrscht derweil Alltag. In dieser Ecke Lichtenbergs leben viele arme Menschen. Viele derjenigen, die hier auf die S-Bahn warten, gehören dazu, darunter die Obdach- und Wohnungslosen, die sich hier zu jeder Tageszeit und an jedem Wochentag aufhalten. Ein Mann liegt am Treppenabsatz zur Bahnunterführung; die Füße hängen die Stufen hinab, Hintern, Oberkörper, Hände und Kopf liegen ungeschützt auf den kalten Steinen. Er sieht wie tot aus. Die Suche nach einem Lebenszeichen macht klar, dass er schläft. So tief, dass er nicht zu wecken ist. Ein anderer Mann mit Bierflasche in der Hand – vielleicht kennen sie sich – wird auf die Szene aufmerksam. Er prüft, was mit dem Liegenden ist, stellt auch fest, dass er nicht tot ist und signalisiert, den Schlafenden in Ruhe zu lassen. Der Einwand, dieser Ort sei möglicherweise zu kalt, wird mit einer Hand-



Foto: Ralf Steinberger / www.flickr.com/photos/ralf-steinberger/43101135084 / (CC BY 2.0)

bewegung beiseite gewischt: »Viel Alkohol«. Damit kann man es aushalten, soll das wohl bedeuten.

Laut der letzten Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) waren bundesweit 678.000 Menschen im Jahr 2018 ohne Wohnung. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies einen Anstieg um 4,2 Prozent. Die Zahl der wohnungslosen »anerkannten« Geflüchteten, die die BAGW seit 2016 in die Schätzungen einbezieht, ist mit 441.000 Menschen besonders hoch. Hinzu kommen weitere 237.000 »einheimische« Wohnungslose. Ungefähr 41.000 Menschen, schätzt der Verband, leben im Laufe eines Jahres ohne jede Unterkunft auf der Straße.

Hoch ist der Anteil an Alleinstehenden, er liegt bei 70 Prozent bzw. 166.000 Menschen (wohnungslose Geflüchtete sind hier nicht berücksichtigt). Die anderen 30 Prozent (71.000) leben mit Partnern und/oder Kindern zusammen. Die Zahl der Minderjährigen

wird auf acht Prozent (19.000) geschätzt, die der Erwachsenen auf 92 Prozent (218.000). Die Mehrheit der Wohnungslosen sind Männer (73 Prozent bzw. 159.000 gegenüber 27 Prozent bzw. 59.000 Frauen).

Ebensowenig wie für den Bund existiert auch für Berlin keine offizielle Statistik zur Obdachlosigkeit. Nach Schätzungen der Wohlfahrtsverbände leben zwischen 4.000 und 10.000 Menschen auf der Straße. Weitere 30.000 sind ordnungsrechtlich, das heißt ohne eigenen Mietvertrag, in betreuten Wohnformen und Pensionen untergebracht. Die Stadt Berlin will mithilfe von rund 3.700 Ehrenamtlichen am 29. Januar eine Zählung durchführen.

Insbesondere Zuwanderer aus anderen EU-Staaten sind von »Straßenobdachlosigkeit« betroffen. Etwa 17 Prozent der Wohnungslosen in der Bundesrepublik sind EU-Bürger (ca. 40.000 Menschen), von denen viele überhaupt keine Übernachtungsmöglichkeit haben. In den Metropolen beträgt ihr Anteil an den Ob-

dachlosen bis zu 50 Prozent. Auf dem Arbeitsmarkt werden sie besonders rücksichtslos ausgebeutet – die meisten sind »offiziell« gar nicht hier. Sie verdingen sich oft genug rechtlos in befristeten, schlecht entlohnten, Tätigkeiten: auf dem Bau, in Pflege, Fleischindustrie und Logistik. Viele dieser Jobs sind nach Angaben der Berliner Obdachlosenhilfe mit körperlicher und psychischer Gewalt verbunden. Sprachbarrieren, Unkenntnis der eigenen Rechte und die Armut der Betroffenen werden ausgenutzt, um den Mindestlohn zu umgehen oder überhaupt keinen Lohn zu zahlen. Anspruch auf Sozialleistungen haben Menschen aus dem EU-Ausland, sofern sie nicht vorher in Deutschland gearbeitet hatten, erst nach fünf Jahren.

Das sind die Segnungen des freien EU-Binnenmarktes, für dessen Verteidigung auch diejenigen so lauthals eintreten, die das offensichtliche Elend mit der einen oder anderen Sozialreform glauben beseitigen zu können.

Dein Abo zur rechten Zeit!

Die Tageszeitung junge Welt

15. JANUAR 2020, NR. 7 • 1,80 EURO (D) • 2,20 EURO (A) • 3,50 CHF (CH) • PVST AUSGEG. • ENTWELT BEZAHLT

Regierung 15

Barbarei Nach Nord an Joo Seidliche Nord Mit

Bomben 20 Jahre nach 9/11: fast vierzig Jahre später sind die Bomben noch mehr als je zuvor Teil der Luftschicht über uns. Von Ralf Munt

jungewelt.de/dein-abo oder unter: 030/53 63 55-80

MARXISTISCHE BLÄTTER *Seit 1963*

www.marxistische-blaetter.de

Lenin 150
Staat, Nation und Internationalisierung

152 Seiten, 9,50 Euro

Bestellhotline: 0201-236757 oder
info@neue-impulse-verlag.de oder in unserem Shop:
www.neue-impulse-verlag.de

ANZEIGEN

Galerie
Buchhandlung
Treffpunkt

junge Welt LadenGalerie

jungewelt.de/ladengalerie

Torstr. 6 • 10119 Berlin
Mo.–Do. 11–18 Uhr
Fr. 10–14 Uhr

PORTRÄT

Kurt Krieger – der letzte, der übrig bleibt



Wer ist dieser Kurt Krieger, der das riesige Bahngelände 2009/2010 der Deutschen Bahn AG abkaufte? Das englische Wirtschaftsmagazin *Forbes* zählt ihn zu den tausend reichsten Männern der Welt. Per 1. Januar 2020 listet ihn das deutsche Internetportal vermögensmagazin.de mit einem erfassbaren Vermögen von 2,53 Milliarden Euro auf Platz 85 der 100 reichsten Deutschen. Zudem gehört sein Unternehmen zu den 30 größten deutschen Handelsunternehmen in Familienbesitz.

Das Krieger-Imperium verfügt über eine Reihe von Möbelhäusern (Höffner, Kraft, Walther, Sconto, Finke) mit mehr als 6.000 Mitarbeitenden, 22 Einrichtungszentren, sechs Zentrallagern und einem Fuhrpark mit 750 Lkw. Die Krieger Handels SE erreicht so (nach Angaben der Gewerkschaft ver.di) einen Jahresumsatz von mehr als zwei Milliarden Euro und ist damit zusammen mit IKEA Marktführer im deutschen Möbelhandel. Krieger spekuliert aber auch mit Grund und Boden. In Duisburg gehört ihm jenes Gelände, auf dem sich im Jahr 2010 die Loveparade-Katastrophe mit 21 Toten ereignete.

Wo aber kommen die Milliarden her? Sein Großvater, Wilhelm Krieger (Senior) eröffnet 1910 in Moabit eine kleine Tischlerei, in der auch Haushaltsartikel verkauft wurden. Seinen Sohn Wilhelm Krieger (Junior) nimmt er 1932 mit 18 Jahren in das Geschäft auf. Über die Zeit zwischen 1933 und 1945 erfährt man im Internet nur, dass gegen Ende des Zweiten Weltkrieges die Unternehmensleitung von Wilhelm (Senior) auf Wilhelm (Junior) übergeht. »Wie fast alle musste er zu dieser Zeit von ganz vorne anfangen«, schrieb der *Tagespiegel* (4.9.2000). 1958 eröffnete Wilhelm (Junior) das Möbelhaus an der Genthiner Straße (Tiergarten). Ende der 60er Jahre führt der seinen damals 21jährigen Sohn Kurt ins Geschäft ein, der 1974 die Leitung übernimmt. Krieger kauft hinzu, was er hinzukaufen kann, und macht sich als gnadenloser Sanierer und Stillleger einen Namen. Seine Aussage ist klar und schlicht: Im Rahmen der kapitalistischen Monopolbildung will er der Gewinner sein. »Bei Baumärkten gibt es noch fünf oder sechs relevante Anbieter, bei Drogeriemärkten noch drei. Ein ähnlicher Prozess läuft auch bei Möbelhäusern. Es findet eine Marktausele statt, und unser Ziel ist ganz einfach: Wir wollen zu den Letzten gehören, die übrig bleiben«, sagt in *Die Welt* (4.10.2012). (dg)



Foto: Frank Kopperschläger

Pankower Tor:
Ein Krieger-Denkmal oder Wohnraum für viele?

Von Denis Gabriel

In Berlin wird dringend jede Menge zusätzlicher Wohnraum benötigt – und zwar vor allem guter und preiswerter Wohnraum! Trotz riesiger Probleme und hoher Nachfrage entstanden in Berlin auch im Jahr 2019 weniger Wohnungen, als die ohnehin bescheidene Planung es vorsah. Einer der Gründe: Es mangelt an freiem Bauland. »Die Grundstücksverfügbarkeit in Berlin bleibt der Knackpunkt der Wohnraumversorgung in der Hauptstadt«, sagt Rainer Schorr, Geschäftsführer der PRS Familiy Trust GmbH. Auch Stadtverwaltung und Abgeordnete von Senat und Bezirken wissen das, tun aber nicht das Nötigste, um die Bürger mit ausreichend Wohnraum zu versorgen.

Ein besonders krasses Beispiel ist der Umgang der Verantwortlichen mit der größten innerstädtischen Brache: Das Gelände des ehemaligen Rangier- und Güterbahnhofs in Pankow ist 37 Hektar groß, das sind 370.000 Quadratmeter (oder 91 Fußballfelder). Es handelt sich um ehemaliges Volkseigentum in bester Lage. Die Deutsche Bahn, die die Riesenflechte von der DDR-Reichsbahn übernommen hat, benötigt sie schon lange nicht mehr und bot sie dem Land Berlin zum Kauf an – vergeblich. Der von SPD und der Partei Die Linke (bis 2007 PDS) geführte Senat setzt wie die Vorgängerregierungen auf Privatisierung und Markt. Deshalb wurden auch die städtischen Wasserbetriebe und Wohnungsbestände an private Investoren verschleudert. Warum sollte man also gerade dieses Gelände kaufen und es damit der Privatwirtschaft entziehen? Schließlich ging es ja »nur« um eine hervorragende Möglichkeit, die innerstädtische Entwicklung direkt im Interesse

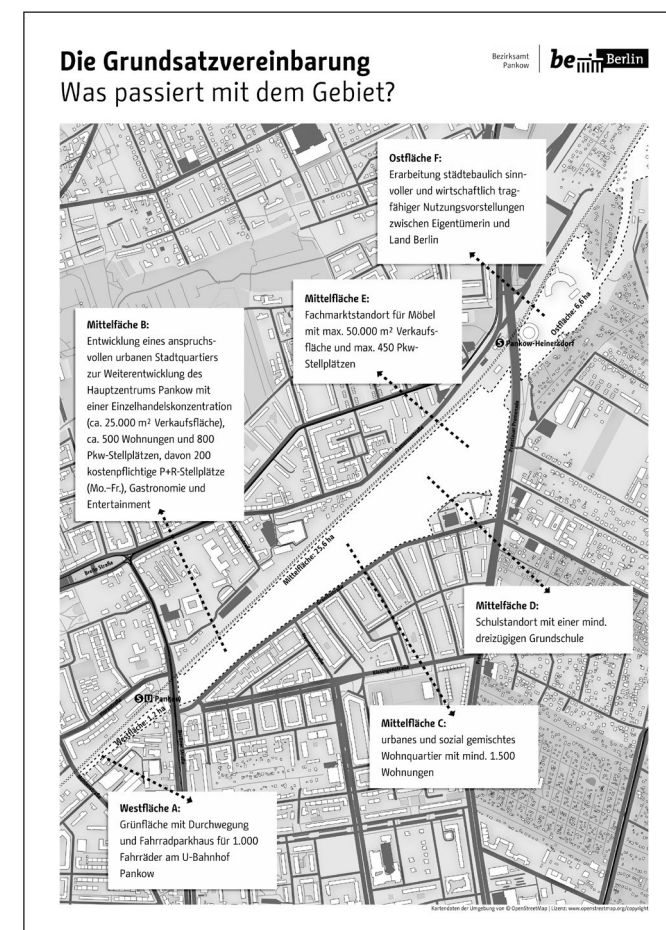
der Bürger zu bestimmen, was die damalige »rot-rote« Regierung jedoch wenig zu interessieren schien. Man ließ lieber den Möbelgroßhändler und Multimilliardär Kurt Krieger den Vortritt, und der schnappte sich das lukrative Gelände 2009 für einen niedrigen zweistelligen Millionenbetrag, wie Andreas Otto, Abgeordneter der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus dem Onlineportal *prenzlberger stimme* erzählt. Mehr als 10 Jahre sind seither vergangen, geschehen ist auf dem Gelände allerdings nichts – nur der Wert des Geländes ist um ein Vielfaches gestiegen. Und der Möbelhaus-Tycoon hat Gigantisches mit dem Gelände vor: Er will das städtische Filetstück in ein Krieger-Denkmal umwandeln! Überdies erwähnte Möbelhäuser und eine riesige Shopping-Mall mit Krieger-Gedächtnis-Park und Autobahnanschluss soll Menschenmassen in die Konsumtempel locken. Auch an anderen Orten Berlins und Deutschlands ist der Möbelmogul schon aktiv geworden. Mal plant er einen riesigen Golfplatz mitten in der Stadt, mal baut er sich einen privaten Hubschrauberlandeplatz – fette Möbelhäuser aber dürfen auf keinen Fall fehlen.

Anstatt durch den Kauf selbst zu bestimmen, was auf und mit dem Gelände im Interesse der Bürger passiert, muss nun der Bezirk Pankow und das Abgeordnetenhaus Berlin in zähen jahrelangen Verhandlungen, die bis heute nicht abgeschlossen sind, mit dem Unternehmer Krieger um jede Wohneinheit ringen. Krieger zeigte sich schließlich bereit, 750 Wohnungen zu bauen, vor allem für Wohlhabende. Im April 2018 wurde dann als »ein Durchbruch« verkauft, dass Krieger und Kommune sich auf den Bau von 2.000 Wohneinheiten verständigt haben, obwohl selbst die Stadtverwaltung in einem Gutachten für diese Fläche Baumöglichkeiten für mindestens 3000 Wohnungen festgestellt hat. Ganz großzügig erklärte sich Krieger sogar bereit, einen Teil davon zu einem günstigen Mietpreis von zunächst 5,50 Euro anzubieten. Allerdings ist in Berlin sowieso vorgeschrieben, dass 30 Prozent der Wohnungen für den sozialen Wohnungsbau eingeplant werden müssen, wenn wie in diesem Fall ein Bebauungsplan notwendig ist.

Auch ansonsten setzt der momentane Eigentümer rücksichtslos seine Gewinnerzielungsabsichten durch. Auf dem Gelände befindet sich ein denkmalgeschütztes Ensemble, das aus drei ebenfalls denkmalgeschützten Gebäuden besteht: Einem aus dem 19. Jahrhundert stammenden Rundlokschuppen (siehe Abbildung), einem Ringlokschuppen von Beginn des 20. Jahrhunderts und einem Sozialgebäude aus dem Jahre 1960. Krieger lässt dieses kulturhistorisch wertvolle Ensemble seit zehn Jahren verfallen und hofft auf einen Abrissbeschluss. Zwar kam ein Gericht zur Erkenntnis, dass Krieger diese Gebäude zumindest vor dem Verfall zu schützen habe – allerdingsprozessiert der Milliardär weiter, so dass diese Beschlüsse zur Zeit noch nicht rechtskräftig sind. Aktuell hat er sich bereit erklärt, zumindest den Rundlokschuppen zu erhalten. Die anderen Gebäude sollen aber abgerissen werden, wozu auch die meisten Abgeordneten neigen. Dem steht allerdings der Denkmalschutz im Wege.

Noch immer ist das Gelände als Bahngelände ausgewiesen. Sobald die Abgeordneten den Bebauungsplan genehmigen, wird dessen Wert nochmals dramatisch steigen. Wie also vorgehen? Der Grünen-Abgeordnete Otto meint: »So ein Quartier kann man mit dem Eigentümer entwickeln oder im Notfall auch ohne ihn.« Die DKP Berlin hält diesen Ansatz für richtig, geht aber noch ein paar Schritte weiter: Das Gelände muss so schnell wie möglich in das Eigentum der Stadt überführt werden. Gestaltung und Bebauung haben sich ausschließlich an den Interessen der Bürger zu orientieren – und nicht an den Profitabsichten eines Multimilliardärs.

Das Beispiel Pankower-Tor zeigt erneut, dass es nicht im Interesse des Bürgers ist, wenn die Regierenden alles dem Markt und der Kapitalverwertung überlassen. Für den spekulierenden Unternehmer mag das von Nutzen sein, aber die Interessen der Bürger kommen dabei unter die Räder.



Quelle: Bezirksamt Pankow/ www.pankower-tor.de

Fünf Forderungen der DKP Berlin-Pankow zur Nutzung des ehemaligen Bahngeländes am Pankower Tor:

- 1. Kommunalisierung des Geländes:** Das ehemalige Bahngelände beim Pankower Tor ist in das Eigentum der Stadt Berlin zu überführen! Der Käufer des Geländes erhält von der Stadt zurück-erstattet.
- 2. Nutzung der Fläche für kommunalen Wohnungsbau:** Die Stadt Berlin kümmert sich gemeinsam mit kommunalen Wohnungsbau-Gesellschaften oder Genossenschaften darum, dass das Gelände vor allem für das Erstellen von hochwertigem, aber bezahlbarem Wohnraum genutzt wird. Auf dem ganzen Gelände sind mindestens 4.500 solcher Wohneinheiten zu schaffen!
- 3. Ausreichend kulturelle Infrastruktur:** Die Stadt Berlin sorgt dafür, dass für den neu entstehenden Stadtteil und die angrenzenden Gebiete eine passende kulturelle Infrastruktur erstellt wird! Dazu gehört die Bereitstellung eines Kultur- und Vereinshauses und eines Jugendzentrums in Selbstverwaltung der Anwohner, ein Hallenbad und die ausreichende Versorgung mit Kindertagesstätten und Schulen, Sport- und Erholungsflächen.
- 4. Sinnvolle Gewerbe- und Verkehrsplanung:** Auf große Möbelhäuser und Einkaufszentren ist zugunsten eines vielfältigen Gewerbeangebots mit kleinem und mittleren Unternehmen zu verzichten! Der neue Stadtteil ist optimal an die städtische Verkehrsplanung anzubinden unter Bevorzugung des öffentlichen Nahverkehrs und von Fahrradwegen.
- 5. Abenteuerspielplätze statt Golfplatz und privatem Hubschrauberlandeplatz:** Der momentane Eigentümer des ehemaligen Bahngeländes hat in anderen Fällen auf dem Gelände bevorzugt riesige Möbelhäuser, Golfplätze und private Hubschrauberlandeplätze angelegt. Darauf ist zugunsten von Abenteuerspielplätzen für Kinder zu verzichten!

ANZEIGEN

MAGAZIN FÜR BEGEGNUNG
JETZT ABONNIEREN!

Melodie & Rhythmus
Melodie
Türkei
PROPAKUNEN

4 AUSGABEN/JAHR
AB 26,90 €

BESTELLUNGEN UNTER
MELODIEUND RHYTHMUS.COM/ABO

Antwort verweigert
Die Berliner FDP und der Mietendeckel



Reden wollte bei der Berliner FDP über die Haltung der Partei zum Mietendeckel und die Nähe dieser Position zu jener der Immobilienwirtschaft niemand mit uns. Aber das, was Vertreter der Partei bislang zu dem Thema gesagt haben, reicht ja auch aus, um zu sehen, wie eine bürgerliche Klassenpartei in dieser für viele Menschen in der Hauptstadt zentralen Frage agiert. Die Partei wehrt sich mit Händen und Füßen dagegen, dass die Wohnkosten für 1,5 Millionen vor dem Jahr 2014 gebaute Wohnungen in Berlin für fünf Jahre eingefroren werden.

Im Oktober hat die Partei Bundesbauminister Horst Seehofer (CSU) aufgefordert, gegen den Mietendeckel zu klagen. Der Bundestagsabgeordnete Marco Buschmann verlangte von Seehofer, eine sogenannte Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen, »sobald das Berliner Gesetz in Kraft ist, um den Mietendeckel zu Fall zu bringen«. Bei der Normenkontrolle prüft das Verfassungsgericht, ob eine rechtliche Regelung mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Die Verfassungsrichter können die Regelung für nichtig erklären oder Änderungen verlangen. Der FDP-Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, Sebastian Czaja, sagte: »Es gibt nur eine Antwort auf dieses Gesetz: die Normenkontrollklage zum Wohle unserer Stadt.« Derselbe Czaja hat den Mietendeckel bei anderer Gelegenheit als »unsozial« bezeichnet. Er helfe den Mietern nicht, sagte er im vergangenen Jahr im RBB-Inforadio. Was soll den Mietern helfen? Eine Neubaufensive – findet die FDP. Der Vorteil dabei: Davon hat die Bauwirtschaft etwas, und die Mieten können ungebremst weitersteigen. (np)

Marode Züge, zu wenig Personal

Die Berliner Verkehrsbetriebe in miserabler Situation. Ver.di fordert Entlastung



Foto: J. Donath / S-Bahn Berlin GmbH / Montage Anstoß

Von Rainer Perschewski

Fast 1,5 Milliarden Fahrgäste jährlich nutzen in Berlin den Öffentlichen Personenverkehr, Tendenz steigend. Etwa 50 Prozent der Berliner Haushalte besitzen kein Auto, und mit 324 Pkw pro tausend Haushalte weist die größte deutsche Stadt die niedrigste Autoquote auf. Zwei Drittel des öffentlichen Fahrganges leisten die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG). Dort indessen ist es um die Arbeitsbedingungen nicht zum Besten bestellt. Die jahrzehntelange Kürzungspolitik des Senats hat eine miserable Situation geschaffen: Personalmangel, Arbeitsverdichtung, überalterte Fahrzeuge, marode Infrastruktur – das sind nur einige der Stichworte, die Mitarbeitern der BVG einfallen, wenn sie von ihrem Arbeitsplatz berichten. Der jahrelange Personalabbau hat zu zahlreichen Schichtausfällen geführt. Und inzwischen häufen sich die Klagen von Fahrgästen wegen der überfüllten Züge oder des Zustandes des Wagenbestandes. Schon jetzt wird über verkürzte Züge oder komplett gestrichene Fahrten im Busverkehr berichtet. Wie angesichts dieser Lage durch günstigere Nahverkehrstickets – wie der Senat sie plant – mehr Fahrgäste transportiert werden sollen, bleibt ein Rätsel. Denn der Personalmangel wird auch

längerfristig ein Problem bleiben. Die Belegschaft ist überaltert, für Nachwuchs wurde nicht gesorgt.

Die Gewerkschaft ver.di will in diesem Frühjahr mit einer bundesweiten Kampagne auf die Situation im Nahverkehr aufmerksam machen. Denn die Probleme beschränken sich nicht bloß auf Berlin. Nach Angaben der Gewerkschaft wird dabei die Arbeitsbelastung ein grundlegendes Thema sein. Und ver.di Berlin hatte nach der vergangenen Tarifrunde bei der BVG im Frühjahr 2019 deutlich gemacht, dass sie beim Thema Personalentlastung auf die bundesweite Tarifaueinandersetzung zum Nahverkehr setzt und sich so eine stärkere Verhandlungsbasis sichern will. Die Forderung kann daher auf einen Nenner gebracht werden: »Genug gespart – jetzt wollen wir Investitionen für mehr Personal und gute Arbeitsbedingungen!« Das alles – mehr Verkehr auf der Schiene mit mehr Personal – kann nur umgesetzt werden, wenn der Berliner Senat sich vom Ziel der »schwarzen Null« und der illusorischen Vorstellung, im Nahverkehr Überschüsse zu erwirtschaften, verabschiedet. Rechnungsgrundlage sollte der gesamtgesellschaftliche Nutzen sein. Doch so darf in dieser Stadt und in diesem Staat bei Strafe der Versetzung, Degradierung und Suspendierung bisher nicht gerechnet werden.

S-Bahn Ausschreibung:
Grüne Politik für private Investoren

Der Berliner S-Bahn drohte und droht womöglich noch immer die Zerschlagung. Getreu der Maxime, dass nur der Wettbewerb den Markt richten kann, sollte auf Betreiben der grünen Verkehrsministerin Regine Günther die Ausschreibung von Teilnetzen so gestaltet werden, dass jeder Bieter nur einen Teil hätte erhalten können und damit verschiedene Unternehmen gefahren wären. Das konnte durch eine Kampagne der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) verhindert werden. Öffentliche Aktionen gegen ihre Politik muss den Grünen ungewohnt vorgekommen sein. »Sei nicht wie Regine!«, konnten Fahrgäste im Frühjahr 2019 auf Postkarten lesen, die in den Waggons der S-Bahn auslagen. Und Anfang April protestierte die Gewerkschaft vor dem Tagungsort der Landesdelegiertenkonferenz der Berliner Grünen.

Die ursprünglichen Pläne sind also vom Tisch. Zwar erfolgt die Ausschreibung immer noch für die beiden großen Teilnetze Stadtbahn und die Nord-Süd-Linien, außerdem gesondert für die Beschaffung von Neufahrzeugen, sowie für deren Betrieb und Instandhaltung. Dennoch besteht die Möglichkeit, dass die Deutsche Bahn-Tochter S-Bahn

wie bisher alles aus einer Hand anbietet. Allerdings können Betrieb und Wartung auch an verschiedene Anbieter gehen. »Wie aber eine S-Bahn Berlin mit bis zu sechs Betreibern nahtlos funktionieren soll, ist uns schleierhaft«, kommentierte Robert Seifert, Vorsitzender der EVG-Gruppe in der S-Bahn, diesen Umstand auf einer Kundgebung vor dem Sitz der Verkehrsministerin (19.12.19). Sinnvoll ist das alles nicht. Seifert: »Es liegt bis jetzt kein schlüssiges Verkehrskonzept der Senatorin vor.« Doch nicht nur die Gewerkschaft erhebt Einwände. An dem Protest beteiligten sich auch der Bund für Umwelt und Naturschutz, die Naturfreunde und die Klimaaktivisten von »Students for Future«. Die nun wiesen auf einen für die Grünen ziemlich heiklen Punkt hin: Die von Günther verfolgte Verkehrspolitik ist dem Klimaschutz mitnichten zuträglich; vor allem deshalb, weil jeder Anbieter auch gezwungen werden soll, je ein Werk zur Instandhaltung zu bauen, obwohl solche Werke bereits vorhanden sind. »Und das alles nur, um die Ausschreibung für externe Investoren attraktiv zu machen.« Schlagender kann eine Verurteilung der Politik einer selbsterklärten Umweltschutzpartei kaum ausfallen. (rp)

ANZEIGE

rotes-berlin.de/shop

Leeren der Revolution Basis-Spiel | 15 €
NEU: Erweiterung „Dong Fang Hong“ | 5 €

„Good News from Cuba/China“ T-Shirts | 15 €
Hoodie | 25 €

Marcel Kunzmann: Theorie, System & Praxis des Sozialismus in China Buch, 126 Seiten | 9,90 €

Xi Jinping Werke ab 19,80 €

Hammer & Sichel Geschenkpapier DIN A2 Bogen | 1 €

21. UZ-PRESSEFEST – VOLKSFEST DER DKP

28. – 30. AUGUST 2020 100 KÜNSTLER*INNEN AUF 12 BÜHNEN, MIT DABEI:

DORTMUND



Konstantin Wecker



„Weltenbrand“ Doppel-CD NEU! / 20,00 €

Kai Degenhardt



„Auf anderen Routen“ CD 12,50 €

Esther Bejarano



„Wo der Himmel aufgeht“ DVD 12,00 €

www.uz-pressefest.de

www.uzshop.de



Blitzkriegprobe

Die NATO veranstaltet die größte Truppenverlegung an die russische Grenze seit 1990 – rund um den 8. Mai

Foto: U.S. Army Photos by Paolo Bovo

Von Arnold Schölzel

Der 8. Mai 2020, der 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, wird in Berlin ein gesetzlicher Feiertag sein – nur dort innerhalb der Bundesrepublik und nur in diesem Jahr. Immerhin. »Befreiung vom Faschismus« war schließlich westlich der Elbe seit 1945 offiziell verpönt, Vokabeln wie »Zusammenbruch« oder »Stunde Null« erschienen zu recht

geeigneter, das Wiederaufstehen der Wehrmacht, nun Bundeswehr genannt, und deren Auftrag zu begleiten: Die wahre Befreiung, die des Ostens, im zweiten Anlauf schaffen. Das schien 1990 mit dem Anschluss der DDR gelungen, erst recht nach der Auflösung der Sowjetunion 1991. 30 Jahre danach verhalten sich die Sieger im Kalten Krieg, als wäre der nie zu Ende gegangen. War er vielleicht auch nicht – der Appetit auf mehr ist jedenfalls nicht gestillt.

Also findet im April und Mai das größte Truppenverlegungsmanöver der NATO statt – rund um den 8. Mai: »Defender 2020«. Es sagt alles über die Denkweise und das Geschichtsverständnis, die in diesem Pakt herrschen, wenn ausgerechnet zu diesem Datum Krieg gegen das Land geübt wird, das die größte Last im Zweiten Weltkrieg trug und die meisten Toten zu beklagen hatte – rund 27 Millionen in der Sowjetunion insgesamt. Die Zahlen, die zu »Defender 2020« veröffentlicht wurden, sind gewaltig: 19 beteiligte Länder, 37.000 US-Soldaten, von denen 20.000 über den Atlantik eingeflogen werden – mehr als jemals bei einer Truppenübung seit 1990. Laut FAZ, die am 1. November 2019 unter der Überschrift »Zur Abwehr bereit« und dem Untertitel »Russland soll wissen: Wir wollen und wir können noch« über das Manöver und seine Ziele berichtete, werden »rund 33.000 Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Lastwagen, Jeeps und Material-Container«, von denen zwei Drittel aus Übersee verschifft werden, aufgeboden. 13.000 sind in US-Depots gelagert, in der Bundesrepublik in Dülmen, Miesau in der Pfalz und Mannheim. Binnen 96 Stunden soll das Material komplett bei den Kampfeinheiten sein. Geprobt wird ein Blitzkrieg, geprüft wird die Infrastruktur der Durchmarschländer. Die FAZ zitierte den Kommandeur der US-Truppen in Europa, General Christopher Cavoli mit den Worten: »Wir fangen an mit einem Knall.«

Der Aufmarsch ist bereits im Gang. So berichteten lokale Medien am 12. Januar, dass lange Transportzüge mit US-Panzern den Hauptbahnhof Chemnitz Richtung Osten durchfahren. Genutzt werden Flughäfen in Berlin-Tegel, Frankfurt, Hamburg, München, Nürnberg und Ramstein, eventuell auch Bremen. Schweres Gerät wird per Schiff in Antwerpen, Vlissingen und Bremerhaven angeliefert und auf Wasserwegen oder per Zug auf drei Hauptachsen weitertransportiert: Von Düsseldorf über Hannover und Magdeburg nach Frankfurt/Oder, südlich über Mannheim, Nürnberg und Dresden nach Görlitz, außerdem von Bremerhaven in Nord-Süd-Richtung bis Mannheim. Der Rücktransport soll bis Juli dauern.

Bei einem NATO-Manöver mit 30.000 Soldaten in Polen 2016 hatte der damalige Außenminister und heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier noch davor gewarnt, »durch lautes Säbelrasseln und Kriegsgeheul die Lage weiter anzuheizen«. Ähnliches ist diesmal nicht zu hören. Umso dringender ist es, dass eine breite Öffentlichkeit informiert und mobilisiert wird. Der Unmut über die Politik gegenüber Russland ist bereits groß. Am 26. Januar findet in Leipzig die zweite Beratung von Friedensinitiativen statt, auf der konkrete Pläne für Aufklärung, regionale Aktionen sowie zentrale Kundgebungen und Demonstrationen beraten werden sollen.

Infos unter: www.antidef20.de



Foto: Uwe Hixsch

»Die Zahlen, die zu »Defender 2020« veröffentlicht wurden, sind gewaltig: 19 beteiligte Länder, 37.000 US-Soldaten, von denen 20.000 über den Atlantik eingeflogen werden«

DKP-GRUPPENTERMINE

FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

Termin: Jeder zweite und vierte Dienstag im Monat
Kontakt über: fabienne.trotier@gmail.com

LICHTENBERG/MARZAHN-HELLERSDORF

Termin: Jeder erste und dritte Donnerstag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

PANKOW

Termin: Jeder zweite und vierte Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Schachcafé »En Passant« Schönhauser Allee 58, 10437 Berlin

NEUKÖLLN

Termin: Jeder erste Donnerstag im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: Chile Freundschaftsgesellschaft, Jonasstraße 29, 12053 Berlin

TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Termin: Jeder zweite und vierte Donnerstag im Monat
Beginn: 20.00 Uhr
Ort: Cafe »Ess Eins«, Kolonnenstraße 56, 10827 Berlin

TREPTOW-KÖPENICK

Termin: Jeder erste Dienstag im Monat
Beginn: 18.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

WEDDING

Termin: Jeder zweite und vierte Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Lokal beim Dicken, Bellermannstraße 17, 13357 Berlin

BETRIEBSAKTIV GESUNDHEIT

Termin: Jeder dritte Mittwoch im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

ANZEIGEN

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

Ulrich Schneider
AUSCHWITZ | Basiswissen Geschichte

Auschwitz steht für das schlimmste Verbrechen des deutschen Faschismus: den industriellen Massenmord. Das Buch bietet eine kompakte Einführung in die Geschichte des Konzentrations- und Vernichtungslagers sowie in die juristische Aufarbeitung dieses Menschheitsverbrechens. Es benennt die »Profiteure des Todes« und lässt Überlebende zu Wort kommen.

ISBN 978-3-89438-725-9 | 142 Seiten | € 9,90

BANDITI E RIBELLI
Die italienische Resistenza 1943-1945

Der großformatige Bild-Text-Band zeigt die schwierigen Anfänge des bewaffneten Widerstands, die massive Repression durch Wehrmacht und italienische Faschisten. Er illustriert die trotz alledem zunehmenden Erfolge der Resistenza und endet mit dem Triumph der Befreiung; wobei die Enttäuschung über die verhinderte radikale Neuordnung nicht ausgeblendet wird.

ISBN 978-3-89438-719-8 | 72 Seiten | € 15,00



unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Kommunistische Standpunkte,
marxistische Analysen –
Woche für Woche.



Sechs Wochen kostenlos testen – Digital & Print
Das Abonnement endet automatisch.

www.unsere-zeit.de • E-Mail: abo@unsere-zeit.de • Tel.: 0201 17788915

★
Anmeldung für Bus-Plätze
unter: druck@dkp.berlin
Abfahrt 9:00 Uhr
Franz-Mehring-Platz 1

ELBE TAG
1945-2020★TORGAU

DEMONSTRATION AM 25. APRIL 2020
12.00 Uhr am Brückenkopf / Ostufer - Ebbircke - Torgau Markt - Denkmal der Begegnung

ANSTÄNDIGEN SCHAFT AUFRÜSTEN
FRIEDEN MIT RUSSLAND

BÜHNE

Foto: Thomas Aurin



»Legende« an der Volksbühne

An der Volksbühne steht »Legende« nach Ronald M. Schernikau gleichnamigen Roman auf dem Plan. Wie Peter Hacks feststellte, werden in den Theatern des Neoliberalismus regulär keine Stücke mehr gespielt, und wo sie stattfinden, zu etwas andrem umgearbeitet. Das geht auch mit Texten eines Genossen. Das komplexe Großwerk des schwulen Kommunisten Schernikau ist als Ganzes nicht darstellbar, aber Situationen und Dialoge für einen Abend über unsre Welt liefert es allemal. Der erste Teil der Inszenierung ist ziemlich gelungen, der zweite eher unausgegoren. Den Besuch lohnt es, die Darsteller geben sich Mühe und da man oft Mühe hat zu verstehen, was sie sprechen, lohnt sich erst recht, das Buch zu kaufen und alles darin nachzulesen: Die großartigste Werbeveranstaltung für den Mammutband, der jüngst im Verbrecher-Verlag in einer kommentierten Neuausgabe veröffentlicht worden ist – und im Foyer der VB gekauft werden kann. (ob)

Weitere Vorstellungen in der Volksbühne Berlin, Großes Haus, Liniestraße 227, 10178 Berlin: 08. Februar 2020, 19:30 Uhr, 15. Februar 2020, 18:00 Uhr. **Infos und Tickets unter:** www.volksbuehne.berlin/de

VERANSTALTUNG

Foto: Bundesarchiv



100 Jahre Kapp-Putsch – 100 Jahre Generalstreik

Am 13. März 1920 putschen konterrevolutionäre Generale gegen die junge Weimarer Republik. Die wegen ihrer Mordtaten gegen die Arbeiterbewegung einschlägig bekannten Freikorps marschierten in Berlin ein, setzten den Landschaftsdirektor Kapp als Diktator ein und besetzten die Regierungsgebäude.

Die SPD-geführte Reichsregierung floh nach Stuttgart, hinterließ aber einen Aufruf zum Generalstreik, dem sich die Gewerkschaften und die Parteien der Arbeiterschaft anschlossen. Auch in Berlin wurde den Putschtruppen entschiedener Widerstand entgegengesetzt. Der in großer Geschlossenheit durchgeführte Generalstreik schnürte der Putschregierung die Kommunikationswege, die Gefolgschaft und die Finanzen ab – sie saß bei Kerzenschein in der Reichskanzlei und musste nach fünf Tagen aufgeben.

Am 14. März soll an den Generalstreik gegen den Kapp-Putsch erinnert werden. (ba)

Kundgebung: Samstag 14. März 2020 / 15 Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz / Schöneberg Koordination Unvollendete Revolution 1918 <http://1918unvollendet.blogspot.eu/>

BILDUNG



Die Stunde der Opportunisten

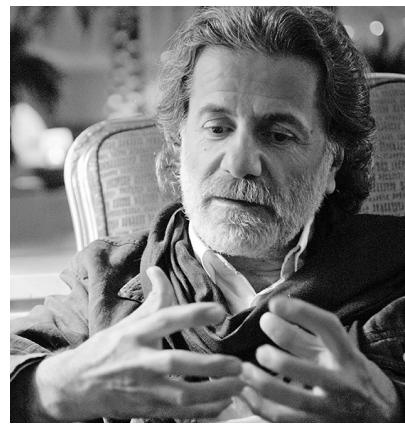
Die Schriftenreihe der DKP Berlin zur marxistisch-leninistischen Theorie und revolutionären Praxis heißt »Konsequent«. Die Hefte zur Reihe erscheinen unregelmäßig und decken ein breites Spektrum ab: Gewerkschaft, deutscher Imperialismus, Kommunismus 2.0, Internationales. Im neu erschienenen Heft behandelt Gerhard Feldbauer die Konterrevolution in der DDR aus einer spezifischen Sicht: als Spiegelung der Vorgänge in Berlin mit denen in Rom. Als Korrespondent der DDR-Nachrichtenagentur ADN in der italienischen Hauptstadt erlebte er dort hautnah den Niedergang und schließlich den Untergang der einstmaligen großen Italienischen Kommunistischen Partei. Er zeigt die Analogien zum Prozess der Zerstörung der SED auf, die sich keinesfalls zufällig ergaben. Doch lesen Sie selbst! (hedu)

Gerhard Feldbauer: Die Stunde der Opportunisten

Zu beziehen über: DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, 12243 Berlin

KONZERT

Foto: www.marcelkhalife.com



Ein Solikonzert mit Marcel Khalifé

Marcel Khalifé, der »Bob Dylan des Nahen Ostens«, ist einer der wichtigsten politisch engagierten Musiker des Libanons. Der bekannte palästinensische Lyriker Mahmoud Darwish bezeichnete ihn einmal als »einen Künstler, der für Hoffnung und Menschlichkeit steht, der die spirituellen Ressourcen des Menschen aufzeigt und dessen Ästhetik mit Frieden, Leben und Freiheit untrennbar verbunden ist«. Jetzt kommt Khalifé auf Einladung der Tageszeitung *junge Welt*, dem Magazin *Melodie & Rhythmus* sowie dem Libanesischen Demokratischen Verein Berlin-Brandenburg für ein Solidaritätskonzert am 28. März 2020 nach Berlin. Er tritt mit zwei weiteren Künstlern auf: seinem Sohn Rami Khalifé und dem Franzosen Aymeric Westrich. Hintergrund ist die prekäre Lage der im Libanon lebenden syrischen Flüchtlinge, denen es vor allem an medizinischer Versorgung fehlt. Mit dem Erlös aus dem Konzert soll ein Krankenhaus im Nordlibanon gebaut werden. (kk)

Solidaritätskonzert für ein Krankenhaus im Libanon: Marcel & Rami Khalifé feat. Aymeric Westrich. Sonnabend, 28. März 2020, 19 Uhr, URANIA Berlin, An der Urania 17, 10787 Berlin. **Weitere Informationen und Kartenvorverkauf** unter www.melodieundrhythmus.com/solikoncert

BUCH

Foto: Bundesarchiv



Lenin lebt. Seine Denkmäler in Deutschland

Carlos Gomes war fasziniert. Bei einem Erkundungsspaziergang durch Wünsdorf im Sommer 2013 durchstreifte er das 19 Jahre zuvor verlassene Hauptquartier der Sowjetarmee und stieß dabei auf zwei Leninstatuen. Von da an war es das Ziel des Portugiesen, überall in Deutschland nach Denkmälern für und mit dem Gründer der Sowjetunion zu finden.

Nach Jahren des Forschens gibt er nun eine vollständige Übersicht ab, die im Verlag 8. Mai erscheint. Die Leserschaft erwartet 24 bebilderte Beiträge zu ebenso vielen Denkmälern, in den diese und ihre meist abenteuerliche Geschichte erzählt wird. Denn viele Monumente des sozialistischen Lebens sind mit der Annexion der DDR geschleift worden.

Um viele ist wegn ihrer Präsenz im öffentlichen Raum lange gestritten worden. Hier und da konnten sich entschlossene Bürger der DDR durchsetzen.

»Lenin lebt« erscheint Mitte März mit ca. 100 Seiten und ca. 50 Farbfotos. (ah)

Zu beziehen über: www.jungewelt-shop.de



Dies ist die erste Nummer des neuen Anstoß. Wir werden auch weiterhin vierteljährlich mit einer starken linken Stimme in Berlin präsent sein, wenn wir die dafür notwendigen materiellen und organisatorischen Voraussetzungen sichern können. Deshalb bitten wir um Deine konkrete Unterstützung!

Ich finde das Anstoß-Projekt interessant!

- Bitte schickt mir die jeweils aktuelle Ausgabe gratis zu
- Ich hätte Interesse daran, am *Berliner Anstoß* redaktionell/organisatorisch mitzuarbeiten.
- Ich würde gerne beim Verteilen des Anstoß mitwirken.

Bitte schickt mir von jeder Ausgabe

..... Exemplare, die ich in verteilen werde.

Einzelspende für den Neustart Berliner Anstoß

Ich unterstütze das Projekt der DKP Berlin, den *Berliner Anstoß* künftig in neuem Format und hoher Auflage erscheinen zu lassen, mit einer einmaligen Spende in Höhe von

_____ Euro.

Förderung (für das regelmäßige Anstoß-Erscheinen von vier Ausgaben pro Jahr)

Ich unterstütze die regelmäßige Herausgabe des *Berliner Anstoß* (Zeitung der DKP Berlin) mit einer

- vierteljährlichen
- halbjährlichen
- jährlichen

Spende in Höhe von _____ Euro (mindestens 10 Euro).

(Hinweis: Diese Zusage kann jederzeit widerrufen werden, bereits eingezahlte Gelder werden aber nicht zurückbezahlt!)

- Die Spende überweise ich auf das Konto der DKP Berlin (BIC: BELA2333, IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37 - Verwendungszweck: Anstoß)

- Bitte schickt mir eine Spendenbescheinigung der DKP-Berlin zu (bei bis zu 200 Euro Spende im Jahr genügt dem Finanzamt der Überweisungsbeleg).

Name:

Adresse:

Email / Telefon:

Weitere Hinweise:

Berlin, den

Unterschrift:

Bitte einsenden an: DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin